[illegible] Lebensbedingungen der Masse wieder zum Herrn des Bodens wird. Die bittere Schule des traurigen Lebens überzeugt die zusammenbrechenden Mittelstandsexistenzen, die von Notverordnung zu Notverordnung gejagten Beamten und Angestellten von der Unsinnigkeit des kapitalistischen Geschimpfes über den Kommunismus.

Sie alle sollen erfahren, was wir Kommunisten wollen. Sie alle müssen sich mit den Zielen der Partei beschäftigen, die in den letzten Wochen einen gewaltigen Zustrom hat und zur Hoffnung all der Millionen wird, die nicht verzweifeln und resignieren, sondern kühn und mutig den Ausweg aus der Katastrophe beschreiten wollen.

Solange die Kommunistische Partei existiert, vom ersten Tage ihres Bestehens an, hat sie nicht aufgehört, für den Sturz des kapitalistischen Systems, für die Annullierung des Sklavenvertrags von Versailles und die Zerreißung aller Tributpflichten zu kämpfen. Vor zehn Monaten konzentrierte die Partei noch einmal ihre Ziele in dem Programm der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes.

Feierlich hat das Zentralkomitee der KPD. vor allen Völkern der Erde, vor allen Regierungen und Kapitalisten des Auslandes ausgesprochen, „daß wir im Falle unserer Machtergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden, daß wir keinen Pfennig Zinsenzahlungen für die imperialistischen Anleihen, Kredite und Kapitalanlagen in Deutschland leisten werden."

Klipp und klar sprach die KPD. in diesem Programm aus, daß sie alle Fabriken, Banken, Handelshäuser und großen Güter den jetzigen Herren entreißen und in die Hände der arbeitenden Schichten in Stadt und Land überführen, daß sie die Löhne erhöhen wird, indem sie alle Unternehmerprofite, alle unproduktiven Unkosten der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Reparationszahlungen abschaffen wird.

Wenn der Kommunismus herrscht, werden aus Deutschland alle kapitalistischen Faulenzer, alle Spekulanten, Bankmagnaten und Bauernbedrücker, alle Junker und Generale, alle Lohn- und Gehaltsräuber mit eisernem Besen hinausgefegt.

Aber wir zeigen den Massen nicht nur Umriß und Gestalt unserer Politik und Wirtschaft nach dem proletarischen Siege — während die volksbetrügerischen Nazis bezeichnenderweise nur allgemeine Phrasen über das Dritte Reich der kapitalistischen Diktatur dreschen können —, sondern wir wissen auch Mittel und Wege, die schon jetzt der schlimmsten Not der am meisten Bedrängten abgeholfen werden kann. Darum übergab die Kommunistische Partei ihren Arbeitsbeschaffungsplan einer breiten proletarischen Oeffentlichkeit, die durch ihn die Ausnutzung der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten wie die Erweiterung des Wohnungsbauprogramms um 300 000 Wohnungen jährlich, die Durchführung der Elektrifizierung der Reichsbahn, den Bau eines neuen Straßennetzes, von Talsperren, Krankenhäusern, Kinder- und Erholungsheimen usw. erkennt.

Auch durch die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich und 40 Stunden in der Woche (bei den Bergarbeitern und in gesundheitsschädlichen Betrieben sowie für Jugendliche sechs Stunden), durch die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden- und Knappschaftsversicherung, durch die Verweigerung der Genehmigung aller Stillegungsanträge können neue Massen von Erwerbslosen in die Betriebe geführt werden.

Woher das Geld nehmen? — so zeterten „Vorwärts" und Nazipresse. Nun, wir haben auch die Finanzierungsmöglichkeit nachgewiesen. Für uns Kommunisten ist das Leben der Arbeiter wichtiger, als die Panzerkreuzer des Kapitalismus. Wir wollen nicht, daß der Hunger ständiger Gast in den Hütten der vier Millionen Arbeitslosen und der Millionen Kurzarbeiter ist. Deswegen fordert der Arbeitsbeschaffungsplan die Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die Militarisierung der Polizei. Heraus mit den Pensionen der hohen Beamten und Angestellten! Her mit der Millionärsteuer, der Aufsichtsrats- und Dividendensteuer! Streichung der Reparationszahlungen!

Der herrschenden Klasse und ihren SPD.- und Nazi-Trabanten ist der Profit das höchste Gesetz. Uns ist das Wohl der arbeitenden und unfreiwillig arbeitslosen Menschen der Leitstern unseres ganzen Kampfes.

Darum schleudert die Partei das Bauernhilfsprogramm unter das arbeitende Volk. Seit vier Wochen wird das deutsche Industrieproletariat durch die KPD. mit der Lage und Not des schaffenden Landvolkes vertraut gemacht. Seit vier Wochen ist ein Wegweiser errichtet, der die Straße bezeichnet, auf der Arbeiter und Bauern zusammen zum Siege marschieren. Die Milliardenlasten der Schulden und ihre Zinsen, die Steuerzusammen, der Pachttribut an die Großgrundbesitzer, die volksfeindlichen Zölle — all das muß verschwinden.

Das Land des Großgrundbesitzers gehört in die Hände der landarmen Bauern und ihrer Söhne. Die Milliarden Osthilfemittel nur für die Werktätigen! Volle Arbeitslosenunterstützung für alle erwerbslosen Kleinbauern und die Bauernjugend, desgleichen staatliche Alters- und Krankenfürsorge! In die Nacht des Bauernelends leuchtet das Licht der Aufklärung und Hilfe, die nur wir Kommunisten bringen.

Der Weg der Wahrheit und des Kampfes für die Volksmassen ist steil; er liegt unter dem Feuer der herrschenden Klasse, die niemals freiwillig den Arbeitsbeschaffungsplan oder das Bauernhilfsprogramm durchführen wird, obwohl beides im Bereich der heutigen Möglichkeiten liegt. Wir gehen diesen Weg trotzdem, weil nur auf ihm die Notverordnung fällt, die Younggzahlungen eingestellt und die bluten werden, die heute das Volk bluten lassen.

Alle Freiheitskämpfer an die Seite der Kommunisten! Mit ihnen gegen Brüning, Braun und Severing; gegen die Faschen und ihre Notverordnung! Der Sozialismus hat von Marx, sein erster welthistorischer Sieg ist in der Sowjetunion erfochten worden. Die nächste Etappe zum Weltsozialismus muß Deutschland sein.

Arbeit! Brot! Boden! Freiheit! Alles dem Volk! Das wollen die Kommunisten.

Betriebsrätevollversammlung gegen Dresdner Hungerdiktatur

Montag 20 Uhr im Keglerheim

Die gestrige Enthüllung der Arbeiterstimme hat wie eine Bombe eingeschlagen. In zahlreichen Diskussionsgruppen zeigte sich die Empörung der werktätigen Einwohnerschaft. Ueberall wurden sofortige Kampfmaßnahmen gefordert. Bei der Stadtverwaltung und unter den Unterhändlern der an dem Diktatorplan interessierten Parteien herrscht große Bestürzung.

Für Montag, den 29. Juni sind sämtliche roten, freigewerkschaftlichen, politisch organisierten und parteilosen Betriebsräte und Betriebsfunktionäre zu einer großen Betriebsräte-Vollversammlung für 20 Uhr nach dem Keglerheim geladen. Dort wird die Antwort der arbeitenden Bevölkerung von Dresden an die Notverordner erteilt werden. Kein Betriebsfunktionär, dem es ernst ist um die Vertretung der Interessen der Arbeiter, darf in dieser Vollversammlung fehlen!

Proteststreik gegen Mord in Pirna

Arbeitsruhe am Tage der Beisetzung des in Pirna ermordeten Heidenauer Arbeiters!

Wie wir bereits kurz meldeten, wurde in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in Pirna das Kampfbund-Mitglied Wagner aus Heidenau von braunen Mördern niedergestochen. Das Messer des braunen Mörders zerfetzte dem Kameraden die Lunge derart, daß unser Kamerad seinen schweren Verletzungen erlegen ist. Das Mordkonto der braunen Banditen ist erneut um ein Arbeiterleben belastet. Ungeheuerlich ist die Tatsache, daß trotz der einwandfreien Feststellung von der Schuld des Nazibanditen der Mörder wieder freigelassen worden ist. Faschistische Mörder dürfen in Deutschland frei herumlaufen, während Arbeiter wegen der nichtigsten Vorgänge in Haft genommen und schwere Strafen gegen sie verhängt werden! Die bürgerliche Presse, allen voran der „Pirnaer Anzeiger", haben den traurigen Mut, den faschistischen Arbeitermörder in Schutz zu nehmen. Diese Tatsachen müssen dem letzten Werktätigen die Augen öffnen über den faschistischen Kurs der gesamten Bourgeoisie.

Wieder ist Arbeiterblut geflossen, wieder haben die braunen, von den Kapitalisten ausgehaltenen Mordbrigaden ein Arbeiterleben auf dem Gewissen. Werktätige, wie lange noch soll Arbeiterblut in Deutschland fließen? Die Sache der Abwehr des faschistischen Terrorregimes ist die Sache der gesamten Arbeiterklasse. Zeigt eure Bereitwilligkeit zum Kampf gegen die braune Mordpest, zum Kampf gegen faschistischen Terror durch Einreihung in die Kampffront gegen den Faschismus!

Legt am Begräbnistag unseres ermordeten Genossen zum Zeichen der Solidarität die Arbeit ruhen! Schafft die einheitliche Kampffront gegen den Faschismus!

*

Berlin, 27. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

„Wir wollen nicht hungern!" Mit diesem Ruf drangen gestern mittag Erwerbslose in einen großen Fleischerladen, Ecke Invaliden- und Gartenstraße. Sie ergriffen Würste und Speck und entfernten sich, ehe die Polizei herankam. Ein Spitzel versuchte, einen Arbeitslosen festzuhalten, um ihn der Polizei zu übergeben. Er wurde von Passanten wieder befreit. In der Ackerstraße stürmten gestern nachmittag jugendliche Erwerbslose mit dem Ruf: „Wir haben Hunger" ein großes Lebensmittelgeschäft. Sie ergriffen dort liegende Lebensmittel, die sie dann auf der Straße verteilten. Als die Polizei erschien, waren die Jugendlichen fort.

Württemberger KPD-Blatt verboten!

Tolle reaktionäre Hetze gegen die Spartakiade

Die Württembergische Regierung hat die Stuttgarter kommunistische Süddeutsche Arbeiter-Zeitung auf Grund der Notverordnung vom 28 März bis zum 11. Juli verboten.

Wie auf eine zentrale Anweisung hin ist jetzt der Terror gegen die kommunistische Presse äußerst verschärft worden. Den Massen, die gegen die Durchführung der Notverordnung kämpfen, soll ihre Presse geraubt werden. Die täglichen Verbote kommunistischer Zeitungen rufen die Arbeiterschaft auf zur Verteidigung der proletarischen Presse!

Darmstadt, 27. Juni. (TU.)

Der hessische Innenminister hat eine Verfügung erlassen, wonach vom 6. Juli bis 9. August dieses Jahres einschließlich die politische Versammlungstätigkeit einzuschränken ist, um der „bereits eingetretenen Ueberlastung der Polizei" Einhalt (!) zu gebieten und ihr Ferien (!) von dieser besonderen Anspannung zu geben. In diesen 5 Wochen sollen keinerlei politische Versammlungen stattfinden, weder in geschlossenen Räumen noch unter freiem Himmel. Tatsächlich wird unter der wunderbaren Ferien-Begründung ein Ausnahmezustand in einer seiner schärfsten Formen verhängt.

Berlin, 27. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern wurde die tolle Pressehetze gegen die Spartakiade in den Blättern des Finanzkapitals fortgesetzt. Die TU des Herrn Hugenberg und die Deutsche Allgemeine Zeitung kancieren sogar bisher unbestätigte Meldungen, daß der Reichsinnenminister Wirth einen Schritt unternommen hätte, um die Wiederverbietung des Verbots über die sportlichen Spartakiade-Veranstaltungen zu veranlassen. Es muß eine Welle des stürmischen Protestes durch ganz Deutschland gehen, um jeden neuen Anschlag auf die Spartakiade zurückzuweisen.

Kampftagung der Kriegs- und Arbeitsopfer

Angesichts der furchtbaren Verelendung der Kriegs- und Arbeitsopfer, die durch die Notverordnung geradezu katastrophal gestaltet wird, hat der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, e. V., einen außerordentlichen Gautag nach Dresden einberufen. Diese Kampftagung wird sich in erster Linie mit der Politik des Hungers und Elends, und mit der Organisierung des Massenkampfes gegen soziale Reaktion und Hungerdiktatur beschäftigen. Der ungeheure Rentenraub, der Raub der Fürsorgeunterstützungen, die fast vollständige Anrechnung der Rentenbezüge auf die Arbeitslosenunterstützung, hat einen Sturm der Empörung unter den Rentenempfängern ausgelöst. Diese Empörung richtet sich aber nicht nur gegen das bankrotte kapitalistische System, sondern auch gegen die, die politisch dieses System stützen.

Wie stark die Empörung ist, daß zeigt eine Tatsache. Genau wie die sozialdemokratischen klassenbewußten Arbeiter den bewußten Betrug der SPD nicht mehr mitmachen und den Weg zur KPD finden, sind jetzt ganze Ortsgruppen der Rentnerorganisationen, die bisher unter reformistischer Führung standen, den Weg zum Internationalen Bund gegangen.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Dresdens begrüßt die Delegierten der Opfer des Weltkrieges und der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung. Sie weiß, daß trotz der furchtbaren Leiden, die die meisten Rentenempfänger zu erdulden haben, sie den Rest ihrer Körperkraft dem Befreiungskampf der Arbeiterschaft opfern werden. Dieser Gautag wird die Kriegs- und Arbeitsopfer in einheitlicher Front vereinen mit den revolutionären Kadern der Arbeiterklasse, die den Kampf gegen das Brüningsche Hungerdiktat und das kapitalistische System aufgenommen haben, und den sie zu Ende führen werden, hin zur Errichtung eines freien, sozialistischen Deutschlands, das den Massen des arbeitenden Volkes Arbeit, Brot und Freiheit geben wird.

*

Ruhrschiedsspruch verbindlich. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat den Schiedsspruch vom 20. Juni, der die Verlängerung des bisherigen Tarifs bis 30. September vorsieht, auf Antrag der Gewerkschaften für verbindlich erklärt. Der Arbeitsminister betonte in seiner Begründung, daß er sich „der besonderen wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus bewußt sei", aber sich durch die jetzigen Arbeitsverhältnisse und vor allem durch die Notverordnung veranlaßt sehe, die Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. Er versicherte den Unternehmern, daß der Tarif ja nur für 3 Monate verlängert sei.

Holzhammer-„Marxismus"

Die „Dresdner Volkszeitung" sieht sich gezwungen, den von uns festgenagelten Verrat am Marxismus nunmehr auch „theoretisch" zu begründen. Mit einem „Holzhammer" will sie ihren Lesern einhämmern, daß das „Marxismus" sei, was sie zur begeisterten Aufnahme der Hooverschen Kapitalsrettungsaktion veranlaßt hat. Wie sie das tut, das kennzeichnet den theoretischen Tiefstand, den dieses Blatt bereits erreicht hat. Sie „glossiert" unsere Feststellung, daß Hoovers Schritt nichts anderes ist, als ein Geschäftsmanöver des amerikanischen Kapitals — nicht „Amerikas" — und redet davon, daß Klassen auch von eingebildeten, eingeredeten Interessen, nicht nur von den wirklichen materiellen, geleitet werden können. Das ist an sich nicht unrichtig. Aber was führt sie als „Beispiel" an? Hören wir diesen Unsinn:

Wir erinnern uns z. B., daß vor Ausbruch des Weltkrieges imperialistische Mächte in verschiedenen Ländern glaubten, (!) ein Krieg könnte ihrem kapitalistischen Ausdehnungsdrang helfen. Inzwischen haben dieselben imperialistischen Mächte reumütig bekannt, (!) wie wenig dieser Weltkrieg der gesamten kapitalistischen Welt gedient und genutzt hat. . . ."

Was das nun mit Marxismus zu tun haben soll, das wird nur ein Holzhammer sich zusammenreimen können. Es war also nicht das unvermeidliche kapitalistische Expansionsgesetz, das den imperialistischen Weltkrieg hervorrief, sondern es war „irregeleitetes Denken der Imperialisten" . . . So malt sich im Kopf der Schreiber der „Dresdner Volkszeitung" das Naturgesetz kapitalistisch-imperialistischen Konkurrenzkampfes. Geradezu toll muten jedoch die Behauptung an, daß dieselben imperialistischen Mächte ihren „Fehler" „reumütig bekennen". Deshalb bauen sie wahrscheinlich heute wieder in aller Welt Unterseeboote, Panzerkreuzer (mit sozialdemokratischer Unterstützung!), fabrizieren Giftgas und manövrieren mit Friedensphrasen, um sich hinter ihrem Deckmantel um so besser auf die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes mit kriegerischen Mitteln vorzubereiten.

Der Holzhammer der Volkszeitung will den Arbeitern einbläuen, der Schritt Hoovers sei ein „Durchbruch der Vernunft Amerikas". . . . Wir Marxisten kennen kein „Amerika", sondern wir kennen amerikanisches Kapital, dessen Interessen grundverschieden sind von denen des amerikanischen Proletariats! Wenn das amerikanische Kapital zur „Vernunft" kommt, kann es nur kapitalistische Vernunft sein, d. h. eine „Vernunft", deren Kosten die werktätigen Massen zu tragen haben! Und nichts anderes gilt auch jetzt die „Vernunft" Brünings, dessen Rede vom Freitag in der gestrigen Volkszeitung geradezu als „sozialdemokratisch" gefeiert wird. Die Schamlosigkeit dieser Verdollhornung des Marxismus durch den Holzhammer der Volkszeitung liegt gerade darin, daß die Volkszeitung das Proletariat Deutschlands einreden will, ihre Zahlungen würden gemildert durch den Schritt Hoovers. Das ist bewußter Betrug und nichts anderes!

Die Zahlungen der deutschen Kapitalisten werden aufgeschoben, aber nicht der Tribut der deutschen Proletarier an das deutsche Kapital und seinen Staat.

Die Rundfunkrede Brünings hat das klar und deutlich gezeigt! Daß die Dresdner Volkszeitung der nationalsozialistischen Demagogie zumutet, sie könne „einen Schritt weitergehen auf dem Wege marxistischen Denkens und Wissens", kennzeichnet am besten diesen sozialdemokratischen „Marxismus". Im übrigen haben wir gerade durch das Nebeneinanderstellen der Meinungsäußerung des Nazi-Freiheitskampfes und der Volkszeitung zum Hooverschen Manöver die ideologische Uebereinkimmung der beiden Flügelparteien des deutschen Kapitalismus aufgezeigt. Das ist nämlich das Entscheidende an der Lehre des Marxismus, daß er sich **nicht mit der historisch-materialistischen Analyse des Weltgeschehens begnügt**, daß er sich nicht begnügt, die Welt zu erklären, sondern daß es ihm darauf ankommt, sie zu verändern! Und zu verändern durch den Sturz des kapitalistischen Systems, dessen Entwicklung bereits den Grad erreicht hat, an dem seine Beseitigung zu einer Vorbedingung für den Fortschritt der Menschheit geworden ist.

Nur vom Standpunkt des wahren revolutionären Marxismus kann der Schritt Hoovers in seiner wirklichen Bedeutung für die werktätigen Massen Deutschlands erkannt und entlarvt werden. Was dem amerikanischen und deutschen Kapital dient, das hilft den werktätigen Massen nicht aus dem Elend, das drückt sie nur noch tiefer hinein in den Sumpf kapitalistischer Ausbeutung. Den arbeitenden Massen Deutschlands und der ganzen Welt zeigt eine Arbeiterklasse den wahren Weg zum Aufstieg, zum Sozialismus. Es ist der Weg der russischen Proletarier, mit dessen Beschreitung auch die deutsche Arbeiterklasse das Joch des deutschen und des ausländischen Kapitals abschütteln wird.

Die kostgesundene Betriebsratswahl im Allgemeinen Konsumverein Halle stellte den Reformisten und Renegaten ein vernichtendes Urteil über ihre arbeiterverräterische Politik aus. Für die Angestelltenliste erhielt die RGO 118 und die Liste der Renegaten und Reformisten 14 Stimmen. Für den Arbeitertarif erhielt die RGO 54 und die Reformisten 8 Stimmen. Die Arbeiterverräter haben also nicht einen Sitz erhalten!

Verantwortlich für Lokales: Otto Gitzat, Dresden; für Politik mit Wirtschaft, Gewerkschaft, Sport, Kultur und Arbeiterbewegung: Fritz [illegible]; für Druck und Verlag: „Dresdner Volkszeitung" G. m. b. H., Dresden; Rudolf Leclla, Dresden; für Rußland: Karl Veidhuf, Berlin; für Kunstbeilage und Reportage: Otto Nagel, Berlin; für Inserate: Wilhelm Schmaehl, Dresden.